

Alles muss auf den Tisch

Der Stadt Voerde stehen tiefgreifende Leistungseinschnitte bevor. Bürgermeister schließt Grundschulschließungen nicht aus

Petra Keßler

Voerde. Seit Jahren schon bietet sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – in Voerde das gleiche Bild: Eine Sparrunde folgt der nächsten. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht. Im Gegenteil. Die Stadt steht vor Leistungseinschnitten, die „mehr als nur weh tun werden“, kündigt Bürgermeister Leonhard Spitzer an. Daran würde sich selbst dann nichts ändern, wenn die Kommune für 2010 doch ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK) vorlegen könnte.

Gürtel noch einmal enger schnallen

Sollte dies gelingen, hätten Politik und Verwaltung in Voerde für entsprechende Sparmaßnahmen ein Jahr mehr Luft. Dass der Gürtel noch einmal enger geschnallt werden muss, ließe sich dadurch aber nicht verhindern – was angesichts der bereits erfolgten Sparrunden kein leichtes Unterfangen ist. „Wenn man na-ckig da steht, ist es schwieriger,

Sparmaßnahmen zu vollziehen“, erklärt Spitzer. Und so wird es diesmal an Standards gehen, es werden unbequeme Fragen auf den Tisch kommen. Die Verwaltung legt in der Sitzung des Rates Ende März neben dem Haushaltsentwurf eine Liste vor, in der die Produkte und deren Kosten benannt sind und in der aufgeführt ist, was machbar ist und was nicht. Angesichts der Finanznot der Stadt ist vieles denkbar. Alles müsse auf den Tisch, und dann müsse geschaut werden, „was ist möglich und was nicht“. Oberste Priorität solle dabei die Frage haben, wo die Bürger am wenigsten getroffen werden, so Spitzer.

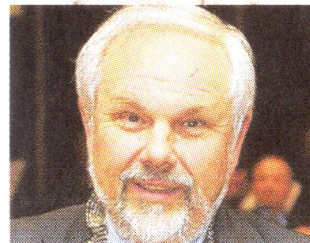
Mit Blick auf die rückläufigen Kinderzahlen werde nach Umsetzung der U3-Betreuung die Kindergartenentwicklung eine Frage sein. Auch um die Zukunft der Grundschulen wird es gehen. Spitzer schließt eine Schließung oder Zusammenlegung von Einrichtungen nicht aus. Bei den weiterführenden Schulen sieht er eine existentielle Debatte nicht; der Rückgang der Schülerzahlen werde sich auf die Zahl der Zü-

ge auswirken. Spitzer glaubt, dass sich langfristig in Voerde alle Schulformen – ausgenommen die Hauptschule, sie wurde vor einiger Zeit geschlossen – halten werden, wobei er sich Kooperationen bei der Raumnutzung vorstellen könnte.

„Die Bücherei gehört für mich zum Leben“

Apropos Bildung: Wenn es um grundlegende Sparmaßnahmen geht, ist schnell auch von den Büchereien die Rede. Bei den vereinsbetriebenen in Möllen und Spellen sieht Spitzer nur wenig Einsparpotenziale. Für ihn stellt sich viel eher die Frage, ob Friedrichsfeld eine städtische Bücherei und ein Bürgerbüro braucht. Ginge es nach ihm, würde er beim Bürgerbüro sparen. „Die Bücherei gehört für mich zum Leben“, erklärt Spitzer, der sich auch in Friedrichsfeld dafür eine Vereinslösung vorstellen könnte.

Die Vereine würde er gerne auch im Sportbereich mehr einbinden – etwa durch eine „verstärkte Schlüsselgewalt“ bei den Vereinsheimen oder durch andere Betreuungszei-



Leonhard Spitzer

ten. Zudem stellt Spitzer etwa zur Debatte, ob in Spellen, Voerde und Friedrichsfeld Leichtathletik mit vollem Spektrum angeboten werden muss und nicht vielmehr Kooperationen eingegangen werden könnten. „Das muss alles auf den Tisch“, betont Spitzer, der vorschlägt, Arbeitsgemeinschaften mit den Aktiven zu bilden. Wie bei „Voerde 2030“ setzt er auf Bürgerbeteiligung.

Keine Option ist für ihn im Moment eine Schließung des Hallenbades und des Freibades. „Wir haben eine Verpflichtung, den Schülerinnen und Schülern Schwimmen beizubringen“, betont Spitzer, der indes bei den Öffnungszeiten Diskussionsbedarf sieht.

Stadtintern ist die Personalentwicklung ein Ansatzpunkt

in der Spardebatte. 2014/15 werde es altersbedingt deutliche Veränderungen geben, da eine größere Anzahl Mitarbeiter in Pension gehe. Da stelle sich etwa die Frage, ob die Stellen wiederbesetzt werden oder nicht, sagt Spitzer, der betriebsbedingte Kündigungen zurzeit ausschließt. Neben innerstädtischen Maßnahmen setzt er auch auf mehr interkommunale Zusammenarbeit. Braucht jede Stadt eine eigene Personalabrechnung? Kann im Bereich Standesamt oder bei der Vergabestelle nicht stärker kooperiert werden? Das sind einige Fragen. Auch mit dem Kreis sieht Spitzer Optionen, mehr zu kooperieren: etwa bei den Aufgaben des Bauhofes.

Bei aller Spardiskussion und Zusammenarbeit – eine wirkliche Verbesserung für die Städte und Gemeinden kann nach seiner Ansicht nur eine andere Finanzierung der Kommunen bringen. Die Politik von Bund und Land sei immer nur zu Lasten der Kommunen gegangen. „Da müssen Leute ’ran, die die Transferleistungen von Bund und Land auf den Prüfstand bringen.“